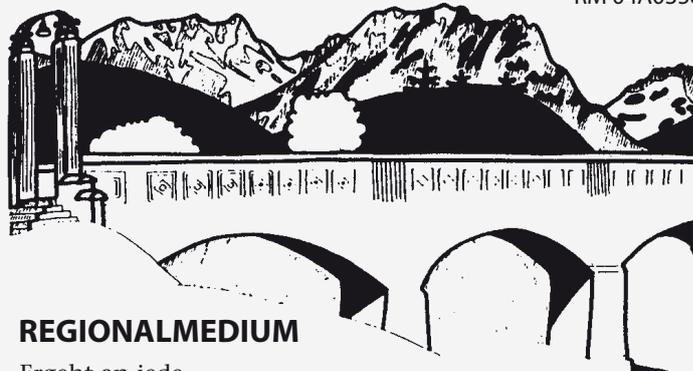


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 7, Mai 2020



REGIONALMEDIUM

Erght an jede
Postabgabestelle in Trofaiach

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 12. März 2020

Trofaiach Nord: Unrechtmäßige Parkplatzmieten?

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer berichtete über zu Unrecht geforderte Parkplatzmieten vor den Objekten Reichensteinstraße 10, 12, 14 und 16. Von der WAG werden diese Parkplätze seit Jahren an die Bewohner vermietet. Von September bis Dezember 2019 war eine Nutzung dieser Parkplätze jedoch aufgrund von Arbeiten zur Erneuerung der Wasser- und Stromleitungen nicht möglich. Die Parkplatzmieten wurden von den Mietern trotzdem abgebucht. Diese sehen das nicht ein und wollen diese Beträge zurückerstattet bekommen.



Weder die WAG noch die Gemeinde fühlen sich dafür verantwortlich. Gabi Leitenbauer: „Die Mieter werden im Kreis geschickt, die WAG hat sie an die Gemeinde verwiesen und die Gemeinde schickt sie wieder zurück zur WAG. Die Menschen kommen sich gefrotzelt vor!“ Leitenbauer forderte Bürgermeister Abl auf, bei der WAG zu intervenieren, damit die Mieter endlich die unrechtmäßig einbezogenen Parkplatzmieten zurückbekommen. Bürgermeister Abl sagte Leitenbauer zu, bei den Verant-

wortlichen der WAG dieses Thema anzusprechen und bei der nächsten Gemeinderatssitzung im Juni darüber zu berichten.

Raserei in Glögglhofgasse

KPÖ-Gemeinderätin Astrid Högl berichtet von Anrainerbeschwerden in der Glögglhofgasse. Obwohl dort nur Anrainerverkehr erlaubt sei, nehme der Verkehr immer mehr zu. Außerdem würde hier vereinzelt viel zu schnell gefahren. Sie ersuchte den Bürgermeister

um Maßnahmen gegen das Schnellfahren und darum, die Verkehrstafel „Fahrverbot - ausgenommen Anrainerverkehr und Zustelldienste“ zu vergrößern. Bezüglich Schnellfahrens rät Bürgermeister Abl den betroffenen Anrainern, die

Autokennzeichen aufzuschreiben und eine Anzeige bei der Polizei zu machen. Die Verkehrstafel entspräche laut Abl der Norm. Er werde aber eine Verkehrsmessung durchführen lassen und

Fortsetzung umseitig

KPÖ

Unsere **Gabi Leitenbauer**

Die deckt auf!

Stur für Gerechtigkeit! **KPÖ**

Fortsetzung von Seite 1

über das Ergebnis den Gemeinderat informieren.

Bienenfreundlichere Bepflanzung erwünscht

KPÖ-Gemeinderätin Katharina Varadi-Dianat machte auf den von der Gemeinde erfolgten Versuch einer bienenfreundlichen Bepflanzung im vorigen Jahr aufmerksam. Dieser sei – sie selbst ist Agraringenieurin – etwas am Ziel vorbeigeschossen. Sie schlug vor, gemeinsam mit Experten des Trofaiacher „Gartenstammtisches“ das Projekt „Bienenfreundliche Bepflanzung“ auf neue Beine zu stellen. Bürgermeister Abl sagte Varadi-Dianat zu, daß ein Konzept vom Verein „Natur im Garten“ für bienenfreundliche und nachhaltige Bepflanzungsmaßnahmen ausgearbeitet werde, welches dann gemeinsam mit den Mitgliedern des Gartenstammtisches und der Gemeinde umgesetzt werden soll.

„Friedhofskurve“ wird entschärft

Um die unübersichtliche Kurve zwischen der Liegenschaft Friedhofgasse 1 und Friedhofgasse 2 (ehem. John Begg) zu entschärfen und für Fußgänger sicherer zu ma-

chen, wird die Liegenschaft Friedhofgasse 1 um 132.500 Euro von der Gemeinde gekauft. Das wurde einstimmig beschlossen. KPÖ-Gemeinderat Christian Weiß: „Diese Ecke ist aufgrund der fehlenden Sicht eine verkehrsmäßig neuralgische Stelle, auch weil hier die Josef-Förster-Gasse einmündet. Viele, die von der Friedhofgasse kommen, wissen nicht, daß dort die Rechtsregel gilt. Deshalb kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen.“ Weiß regte an, diesen gesamten Bereich zu entschärfen.

Nachtbus fährt weiter

Um den Jugendlichen Samstag Abends bis in die Nacht eine sichere Fahrgelegenheit zur Verfügung zu stellen, fährt seit 2015 in der östlichen Obersteiermark zwischen Semmering und Trofaiach der Nachtbus Hochsteiermark. 17 Gemeinden sind eingebunden, die Kosten der Gemeinde Trofaiach lagen bei durchschnittlich 9.300 Euro pro Jahr. Nun wurde das Angebot evaluiert und neu ausgerichtet. Die Gemeinde bekennt sich in einem Grundsatzbeschluss dazu, den Nachtbus für zehn weitere Jahre finanziell zu unterstützen. Auch das wurde einstimmig beschlossen.

110.355 Euro Kostenüberschreitung für Kreisverkehre

Die Sanierung und die Errichtung der beiden Kreisverkehre in der Langfelderstraße verursachte zum wiederholten Mal Mehrkosten. Diesmal in Höhe von 110.355 Euro. Insgesamt kostete das Projekt nun 1,01 Millionen Euro. Die Mehrausgaben wurden gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen.

KPÖ und FPÖ gegen Rechnungsabschluss

Während SPÖ, ÖVP und Grüne den Rechnungsabschluss 2019 – er weist einen Überschuss von knapp 281.000 Euro aus – in gewohnter Weise lobten, wurde er von KPÖ und FPÖ heftig kritisiert. SPÖ-Bürgermeister Mario Abl: „Alle Ziele wurden erreicht. Wir haben sehr gut geplant und sehr gut gearbeitet. Ich bin stolz auf unser Team!“ SPÖ-Finanzstadtrat Peter Marschnig ergänzte: „Es ist erfreulich, daß ein Jahrzehnt zu Ende geht, daß für unsere Stadt in finanzieller Hinsicht großartig verlaufen ist!“

Ganz anders KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer. Es habe sich trotz mehrmaliger Kritik der Aufsichtsbehörde an der Erstellung nichts geändert: „Der Rechnungsabschluss ist auch diesmal völlig intransparent

und für den Großteil der außer- und überplanmäßigen Ausgaben gab es auch in diesem Jahr bis auf wenige Ausnahmen keine Bedeckungsbeschlüsse des Gemeinderates!“ Leitenbauer verwies erneut auf die vorbildlichen Rechnungsabschlüsse der Gemeinde Leoben: „Hier gibt es die Bedeckungsbeschlüsse, der Rechnungsabschluss ist nachvollziehbar, transparent und ausführlich erläutert – warum schaffen wir das in Trofaiach nicht?“ Auch FPÖ-Gemeinderat Thomas Ecker sparte nicht mit Kritik. Er verwies auf viele Kostenüberschreitungen im außerordentlichen Haushalt: „Fast bei jedem Bauprojekt gibt es Kostenüberschreitungen in unvorstellbaren Höhen, die schwer nachzuvollziehen sind!“ Ganz anders Grün-Gemeinderätin Eveline Neugebauer: „Ich stimme zu, weil wichtige Kennzahlen in den Rechnungsabschluss eingearbeitet wurden, der Voranschlag im wesentlichen umgesetzt wurde und weil die Zahlen in Ordnung sind.“ Auch ÖVP-Stadtrat Erich Temmel kann dem Rechnungsabschluss aufgrund der vorliegenden Kennzahlen Positives abgewinnen: „Es gab keine phänomenalen Kostenüberschreitungen, außer bei den Kreisverkehren Langfelderstraße!“ Der Rechnungsabschluss wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen, KPÖ und FPÖ stimmten dagegen.

Was uns ein- und auffällt...

...daß Bürgermeister Mario Abl ernsthaft den anderen wahlwerbenden Parteien den Vorschlag unterbreitet hat, bei der nun am 28. Juni stattfindenden Gemeinderatswahl auf **Plakatwerbung** zu verzichten. Das sagt jemand, dessen Konterfei monatelang auf Großplakaten affiziert war und der in diversen Gratiszeitungen auf Steuerzahlerkosten PR-Artikel schalten läßt...

...daß die Wirtschaftskammer Österreich und die Fluglinie Ryanair allen ernstes einen Kollektivvertrag für die Flugbegleiter der

Ryanair-Tochter Lauda Motion durchsetzen wollten, der ein **Netto-Einstiegsgehalt von 848 Euro** – 70 Euro unter der gesetzlichen Mindestsicherung - vorsieht. Höchste Zeit, daß diese Herrschaften endlich wegen Sittenwidrigkeit verklagt werden.

...daß die im Besitz der deutschen Lufthansa stehende AUA vom österreichischen Staat rund **800 Millionen Euro** einstreifen will, während der größte Lufthansa-Einzelaktionär Thiele mit einem Vermögen von ca. 12 Milliarden US-Dollar seine Privatschatulle geschlossen hält.

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ bietet

Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Aufsichtsbehörde stellt schon wieder Rechtsverletzung fest

Anlässlich der erneuten Entscheidung der Aufsichtsbehörde des Landes über den Rechnungsabschluss führten die Trofaiacher Nachrichten folgendes Interview mit KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer. Die Gemeindeaufsicht hat zum wiederholten Mal Rechtsverletzungen festgestellt.

Trofaiacher Nachrichten: Die KPÖ kritisiert seit vielen Jahren den Umgang mit Steuergeldern in Trofaiach. Was hat es damit auf sich?

Gabi Leitenbauer: Beim Budget in Trofaiach läuft vieles falsch. Der Umgang mit Steuergeldern ist durchwegs schlampig, es fehlt an Transparenz. In Trofaiach herrscht Freunderlwirtschaft und Inkompetenz. Das muß sich ändern.

Trofaiacher Nachrichten: Mehrfach hat die KPÖ diese Mißstände auch bei der Aufsichtsbehörde gemeldet. Was ist da herausgekommen?

Gabi Leitenbauer: Wir haben Recht bekommen. Auch in der letzten Stellungnahme der Gemeindeaufsicht, wo es um den Rechnungsabschluss geht, wurden Verfehlungen des Bürgermeisters festgestellt. Zum Rechtfertigungsversuch des Bürgermeisters, eine Auftragsvergabe könne ohne entsprechende Bedeckung durchgeführt werden, meint die Aufsichtsbehörde: „Wenn der Bürgermeister in seiner Stellungnahme die Meinung vertritt, ..., ist ihm entschieden entgegenzutreten.“ Und als Resümee: „Diesbezüglich stellte die Abteilung 7 in der Stadtgemeinde Trofaiach Rechtsverletzungen fest.“ Nun schon zum dritten Mal – auch die

in Einklang zu bringen“, rettet den Bürgermeister vor einer Anklage wegen vorsätzlicher Wiederholung gesetzwidriger Handlungen.

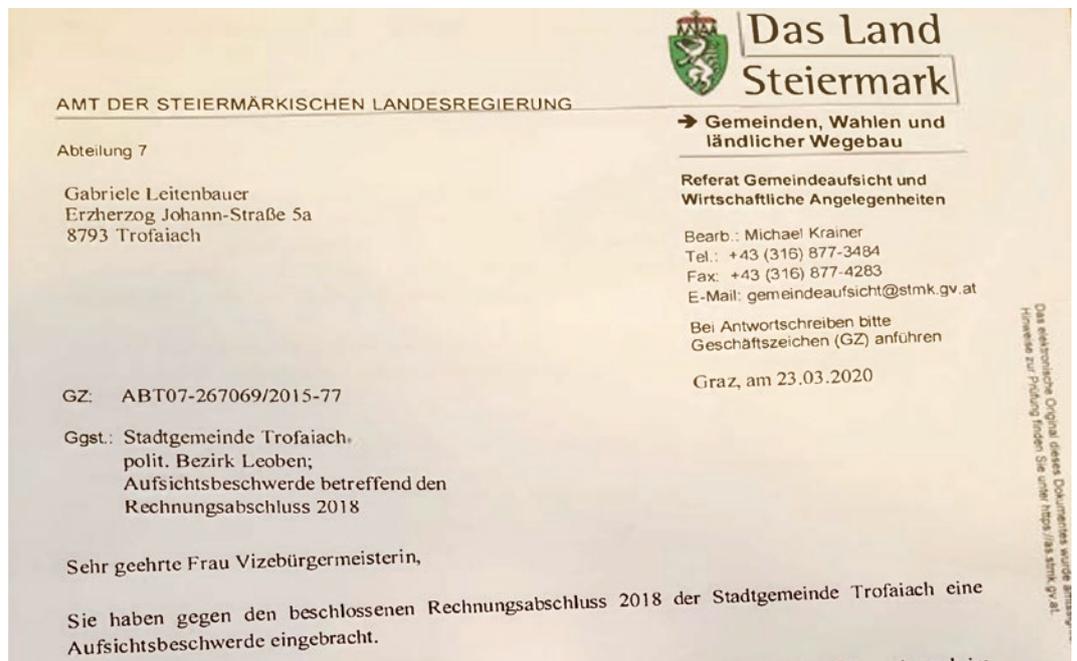
Trofaiacher Nachrichten: Warum erfährt man darüber in den Medien nichts?

Gabi Leitenbauer: Grundsätzlich ist die Materie rechtlich und politisch komplex. Die Bearbeitung unserer Beschwerden beim Land dauert oft lange. Das letzte Gutachten wurde erst am 23. März, einen Tag nach der ge-



Gabi Leitenbauer hat wieder Recht bekommen
planten Gemeinderatswahl, veröffentlicht.

Rechnungsabschlüsse davor wurden von der Aufsichtsbehörde bemängelt. Übrigens kann sich der Bürgermeister bei der A 7 trotzdem bedanken. Der Satz „...ist eine solche Beschlussfassung mit den neuen(!) gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht mehr



Wenn der Bürgermeister in seiner Stellungnahme die Meinung vertritt, dass eine Auftragsvergabe ohne entsprechende Bedeckung der entsprechenden Voranschlagsstelle durchgeführt werden kann, so ist ihm entschieden entgegenzutreten.

Auch bei der Auftragsvergabe ist in der Haushaltsüberwachung zu prüfen, ob die Einhaltung der veranschlagten Mittelverwendung gegeben ist. Ist dies nicht der Fall, hat der Bürgermeister entweder die Möglichkeit, den Gemeinderat mit einer überplanmäßigen Mittelverwendung zu befassen und gleichzeitig mit dem Beschluss für eine Bedeckung zu sorgen, oder mittels Nachtragsvoranschlag die entsprechende Möglichkeit zu schaffen, neue Voranschlagsstellen zu eröffnen.

Diesbezüglich stellte die Abteilung 7 in der Stadtgemeinde Trofaiach Rechtsverletzungen fest.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Abteilungsleiter
Mag. Wolfgang Wlattnig
(elektronisch gefertigt)

Deutlicher als es die Gemeindeaufsicht getan hat kann man eine Rechtsverletzung durch den Bürgermeister der Stadtgemeinde Trofaiach nicht feststellen!

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: Vzbgm. Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 16. April 2020

Kompostieranlage Kurzheim: Anrainer nicht in

Seit vielen Jahren leiden die Anrainer der Kompostieranlage Thoma in Kurzheim unter Geruchs- Staub- und Lärmbelastungen. Laut Anrainer gibt es nur wenige Tage im Jahr, wo es zu keiner Geruchsbelästigung kommt. Die Geruchsbelästigungen reichen oft bis zur Grenzgasse, zum Auweg und in die Langfelderstraße.

Die betroffenen Anrainer kämpfen schon seit Jahren gegen diese Belastungen. Sie bekamen von den zuständigen Behörden weder die von ihnen geforderten Genehmigungsunterlagen der Anlage, noch die Auflagenbescheide oder Gutachten. Gleichzeitig werden sie mit ihren Beschwerden von den Behörden im Kreis geschickt: Das Land verweist sie an die Bezirkshauptmannschaft, die BH verweist sie zurück zum Land – ein Kampf gegen Windmühlen! Nun brachte KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer das Thema erneut in den Stadtrat.

Leitenbauer forderte Bürgermeister Abl auf, die Anrainer endlich zu unterstützen. „Man kann die Bewohner nicht im Regen stehen lassen und zulassen, daß sie von den Behörden ständig im Kreis geschickt werden. Die Belästigungen müssen einmal ein Ende haben!“ Sie verlangte von Bürgermeister Abl, den Anrainern auch bei der Beschaffung der geforderten Unterlagen zu helfen. „Diese Unterlagen stehen den Anrainern laut Auskunftspflichtgesetz zu!“

Bürgermeister Abl bestätigte, daß diese Situation der Gemeinde schon seit Jahren bekannt sei und diesbezüglich schon mehrere Male bei der Umweltschützerin und bei der BH interveniert wurde. Abl sagte Leitenbauer zu mit dem neuen Bezirkshauptmann Kontakt in dieser Sache aufzunehmen. Bei der Beschaffung der geforderten Unterlagen sehe er allerdings keine Möglichkeit zu helfen.



Unmut der Oberschardorfer Bürger

ÖVP-Stadtrat Erich Temmel sprach den Unmut einiger Oberschardorfer Bürger betreffend die verkehrstechnische Aufschließung von Grundstücken in der Nachbargemeinde Kammern an. Diese erfolge über eine im öffentlichen Gut der Gemeinde Trofaiach befindliche Zufahrtsstraße und wäre laut einer Stellungnahme des Landes Steiermark für den LKW-Verkehr nicht geeignet.

Bürgermeister Abl teilte mit, daß ihm von dieser Stellungnahme nichts bekannt sei. Laut Flächenwidmungsplan wären im betroffenen Gebiet in Kammern ursprünglich 12 neue Häuser geplant gewesen. Da die Wasserversorgung dort nur für maximal 4 Häuser gesichert wäre, sei es gelungen, den Flächenwidmungsplan zu ändern und statt der 12 Bauparzellen nur mehr fünf festzulegen. Er werde sich aber mit Bürgermeister Dobnigg in Verbindung set-

zen um sich über die derzeitige Situation zu informieren, so Abl.

Rattenbefall in Edling

Seit letztem Sommer gibt es im Bereich Edling/Seizerstraße einen massiven Rattenbefall. Schien das Problem zunächst aufgrund verschiedener Maßnahmen gelöst, kam es nun im Frühjahr zu einem neuerlichen Anstieg der Rattenpopulation. 10.000 Euro wurden zur Bekämpfung freigegeben. Das wurde einstimmig beschlossen.

Corona: Vorgezogene Wirtschaftsförderungen von 37.000 Euro

Auch zahlreiche Trofaiacher Unternehmen haben wegen der Corona-Krise keine oder nur minimale Einnahmen. Um dem Einkommensentfall von Betrieben und damit verbundenen Liquiditätsengpässen entgegenzuwirken, will die Stadtgemeinde jenen Unternehmen helfen, die Anspruch

auf Wirtschaftsförderung haben. Dabei geht es zum Großteil um eine Mietenförderung für Unternehmen in der Innenstadt, die bis zu 9.600 Euro ausmachen kann und in zwei Tranchen an das Unternehmen ausbezahlt wird oder um einen Zuschuß beim Kauf einer Immobilie in der Innenstadt. Nun soll für diese Betriebe je eine Tranche dieser Mietenförderung bzw. dieses Zuschusses sofort ausbezahlt werden. Acht Unternehmen in der Innenstadt sind davon betroffen. Zusätzlich sollen auch Gründerprämien von je 500 Euro vorab ausgeschüttet werden. Kostenpunkt insgesamt 37.000 Euro. Das wurde einstimmig abgesehen. Auch Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer stimmte der Vorauszahlung zu. Sie machte allerdings auf eine Ungerechtigkeit aufmerksam: „Hier wird nur einigen Unternehmen in der Innenstadt geholfen. Betroffen sind jedoch auch andere Trofaiacher Unternehmer. Die fallen jetzt durch den Rost!“ Schuld daran sind die ihrer Meinung nach einseitigen und unfairen Wirtschaftsförderungsrichtlinien, die im Gemeinderat schon vor der Corona-Krise mehrheitlich beschlossen wurden. Ein KPÖ-Antrag auf fairere Wirtschaftsförderungen wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

Hilfsfonds wird aufgestockt

Auch viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher sind durch die Corona-Krise arbeitslos geworden oder haben wegen Kurzarbeit mit Gehaltseinbußen zu kämpfen. Für diese Bürger hat die Gemeinde den Hilfsfonds für in Not geratene Personen um 10.000 Euro

m Regen stehen lassen!

aufgestockt. Zusätzlich mit den 3.000 Euro, die von der Theatergruppe Trofaiach dankenswerterweise jedes Jahr dafür gespendet werden, stehen dem Härtefonds nun 13.000 Euro zu Verfügung. Vizebürgermeisterin zeigte sich erfreut über die finanzielle Aufstockung des Hilfsfonds: „Viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher haben jetzt große finanzielle Sorgen. Ihnen müssen wir vermehrt helfen!“

SPÖ wirft wieder Geld beim Fenster hinaus

Die Stadtgemeinde nimmt Kredite für drei Projekte in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro auf und will dazu eine Ausschreibung machen. Diese Ausschreibung soll laut Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) aber nicht die Gemeinde

selbst machen, sondern das Beratungsunternehmen „Der Finanzdienstleister“ zu Kosten von 3.000 Euro. Dieselbe Firma wurde vor einigen Monaten, gegen die Stimmen der KPÖ, mit der Ausgliederung der Jubiläumsgelder der Gemeindebediensteten beauftragt. Gegen diese neuerliche Beauftragung protestierte KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Das ist hinausgeschmissenes Geld. Warum schafft das unsere Gemeinde nicht selbst? Wir haben einen gut bezahlten Finanzdirektor der uns ohnehin bei jeder Gelegenheit sagt, wie gescheit er ist!“ Der Auftrag der Ausschreibung an die Beratungsfirma „Der Finanzdienstleister“ wurde von SPÖ und ÖVP beschlossen, KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer stimmte dagegen.

KOMMENTAR

Verkehrskonzept endlich auch für die Bergmannngasse



Die Bergmannngasse war früher eine ruhige Wohnstraße ohne Durchzugsverkehr. Seit dem Bau neuer Wohnhäuser hat sich die Situation grundlegend geändert. Die Bergmannngasse wurde geöffnet und ist nun von vermehrtem Verkehr betroffen. Auch der Kindergarten bringt ein vergrößertes Verkehrsaufkommen mit sich und bedingt erhöhtes Augenmerk auf Sicherheitserfordernisse. Seit Jahr und Tag fordert die KPÖ deshalb ein Verkehrskonzept für Trofaiach-West bzw. im besonderen für die Bergmannngasse. Bisher wurden unsere Forderungen ignoriert. In der letzten Stadtratssitzung wurde endlich ein „Verkehrskonzept Trofaiach West“ in Auftrag gegeben. In diesem Konzept ist das Planungsgebiet nur grob umrissen, während die besondere Problematik der Bergmannngasse nicht ausdrücklich genannt wird. Die seit Jahren durch ein vermehrtes Verkehrsaufkommen belasteten Bewohner der Bergmannngasse haben ein Recht, daß sich die Gemeinde endlich auch ihrer Probleme annimmt. Auf Antrag der KPÖ wird nun die Bergmannngasse ausdrücklich ins auszuarbeitende Verkehrskonzept aufgenommen.

Dr. Christian Weiß
KPÖ-Gemeinderat

Gastkommentar der Bürgerinitiative gegen Gestank und Staubbelastung

Gestank aus der Kompostieranlage wird immer mehr zum Ärgernis

Die Kompostieranlage Thoma in Kurzheim sorgt seit Jahren bei der umliegenden Bevölkerung für Unmut. Immer wieder vorgebrachte Beschwerden, auch im Gemeinderat, haben bisher nichts gefruchtet. Die betroffenen Anrainer wollen die Belästigungen nicht mehr länger hinnehmen.

Für die Anrainer der angrenzenden Wohngebiete ist die Schmerzgrenze überschritten: Es ist unerträglich, daß es immer wieder zu Geruchsbelästigungen aus der Kompostieranlage Thoma kommt. Durch ständig wechselnde Winde sind auch große Teile der Stadt

Trofaiach betroffen. Die Geruchsemissionen werden begleitet von Staub und verfrachtetem Plastikmüll. Die massive Einschränkung der Lebens- und Aufenthaltsqualität ist keinesfalls akzeptabel und nicht länger hinnehmbar. Es stinkt sprichwörtlich zum Himmel! Laut Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) 2002 muß der Mindestabstand zu an-

grenzenden Wohngebieten bei biogenen Abfällen 800 m betragen. Tatsächlich beträgt der Abstand um vieles weniger.

Für sensible Gebiete - Schulen, Kindergärten, ausgewiesene Erholungsgebiete - werden bei biogenen Abfällen Abstände von 1.000 bis 1.500 m empfohlen.

Wie es unter diesen gesetzlichen Vorgaben zu ei-

ner behördlichen Bau- und Betriebsbewilligung für diese Kompostieranlage kommen konnte, ist Gegenstand von massiven Anrainerbeschwerden. Offensichtlich wurden wesentliche Vorgaben beim Genehmigungsverfahren mißachtet oder wurden übergangen. Es ist an der Zeit, daß konsequent gehandelt und kurzfristig konkrete Abhilfe geschaffen wird. Die Bewilligungsbescheide wurden seitens der Anrainer beim Land Steiermark bzw. der Bezirkshauptmannschaft angefordert. Bisher wurden sie noch nicht vorgelegt.

Bürgerinitiative gegen
Gestank und
Staubbelastung



Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 14. Mai 2020

Keine Ausschreibung: Trofaiacher Firmen benachteiligt

Trofaiacher Taxiunternehmen werden, obwohl sie in Trofaiach Kommunalsteuer zahlen, von der Gemeinde nicht einmal zur Anbotslegung für den Betrieb des gMeinBusses eingeladen. Stattdessen wird per Direktvergabe ein in St.Peter-Freienstein ansässiges Unternehmen beauftragt. Das ist leider seit langem Usus.

Dienstleistungsaufträge ab 100.000 Euro müssen laut Gesetz ausgeschrieben werden. Da er davon ausgeht, daß diese Leistungen unter 100.000 Euro lägen, habe die Gemeinde keine Ausschreibung gemacht, so Bürgermeister Mario Abl. Für das Jahr 2019 machten die Kosten rund 90.000 Euro aus. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer tritt für eine Ausschreibung ein und stimmte, wie in den letzten Jahren, gegen diese Benachteiligung der Trofaiacher Taxiunternehmen. Die Direktvergabe wurde von SPÖ und ÖVP beschlossen.

Oberschardorf: Anrainer wehren sich

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer bezog sich auf eine Anfrage von ÖVP-Stadtrat Erich Temmel in der letzten Stadtratssitzung im Zusammenhang mit der verkehrsmäßigen Aufschließung von Grundstücken in Kammern über eine auf Trofaiacher Gebiet gelegene Zufahrtsstraße. Der Bürgermeister sagte damals zu, genauere Unterlagen von der Gemeinde Kammern einzuholen.

Gabi Leitenbauer wollte nun wissen, ob es hier schon eine Lösung gäbe. „Uns wurde berichtet, daß es in dieser

Angelegenheit auch einen Brief von den Anrainern an Dich gegeben hat. Weiß man schon, wie wir den Anrainern helfen können?“

Bürgermeister Abl bestätigte den Erhalt des Briefes der Bürgerinitiative. Bezüglich der Benützung der Zufahrtsstraße meinte Abl: „Ob wir das als Gemeinde verhindern können, kann ich nicht sagen.“ Er sagte Leitenbauer aber zu, die Situation mit einem Vertreter der Firma „Verkehrplus“ anzuschauen.

Weitere Aufträge für Stadtsaalumbau

Für den umfangreichen Stadtsaalumbau in der Gößgrabenstraße wurden weitere Aufträge in Höhe von insgesamt 174.885 Euro als Direktvergaben vergeben.

Die Rötzstraße vom Abschnitt Forsthaus Sucher bis zum Hiaslegg mußte im März aufgrund von Sicherheitsgefahren durch Frostschäden dringend saniert werden. 30.872 Euro wurden dafür freigegeben. Das wurde einstimmig beschlossen.

Endlich Verkehrskonzept für Trofaiach West

Schon seit Jahren fordert die KPÖ ein Verkehrskonzept für Trofaiach West, bisher ergebnislos, weil SPÖ-Bürgermeister Mario Abl

immer abgewunken hatte. Besonders die Bewohner der Bergmannngasse haben seit Jahren unter dem enorm gestiegenen Verkehrsaufkommen zu leiden, seit die Bergmannngasse zur Waldstraße hin geöffnet wurde und hunderte neue Wohnungen errichtet wurden. Einzig die KPÖ hat beim seinerzeitigen Gemeinderatsbeschuß im Jahr 2009 gegen diese Öffnung gestimmt und vor den Folgen gewarnt. Nun wurde die Ausarbeitung eines Verkehrskonzept für das Gebiet Trofaiach West beschlossen. Kostenpunkt 20.550 Euro. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer begrüßte den Beschuß, wies aber darauf hin, daß der Schwerpunkt dieses Verkehrskonzeptes offenbar die Langfelderstraße betrafe. Sie stellte den Antrag, bei der Ausarbeitung des Konzeptes unbedingt die Bergmannngasse miteinzubeziehen. „Hier muß endlich eine Lösung gefunden werden!“ so Leitenbauer. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Pumptrack-Strecke

Laut SPÖ-Bürgermeister Mario Abl sei es durch den Abschluß des Pachtvertrages mit dem Land betreffend die Bahntrasse nun möglich, den - nur von SPÖ und Grünen - beschlossenen „Masterplan Erlebnisraum Bahntrasse“ Schritt für Schritt umzusetzen. Einer dieser Schritte betrifft die Errichtung eines Pumptracks. Ein Pumptrack ist eine speziell

errichtete Rundkurs-Mountainbikestrecke mit Wellen, aus Erde, Lehm oder anderem Material.

Für diese Rundstrecke soll zu den dafür vorgesehenen Flächen zusätzlich eine sich neben der Bahntrasse befindliche 1.500 qm große Teilfläche – es handelt sich um einen ehemaligen Spielplatz nördlich des Gasthauses Reichmann – von der WAG für zehn Jahre zu einem symbolischen Zins gepachtet werden.

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer forderte genauere Unterlagen: Sie wollte wissen, ob die Bahntrasse bei diesem Projekt beeinträchtigt werde, wo und wie groß die dafür benötigten Flächen insgesamt wären und was die Errichtung dieser Strecke kosten werde. Diese Fragen konnten großteils nicht beantwortet werden. Die Bahntrasse werde angeblich nicht tangiert. Gabi Leitenbauer: „Dem Pachtvertrag mit der WAG stimme ich zu. Da es derzeit weder genaue Unterlagen gibt, wo diese Strecke genau verlaufen soll, noch wie viel das ganze kosten wird, behalte ich mir vor, beim Beschuß über den Pumptrack selbst dafür oder dagegen zu sein, je nachdem wie die Rahmenbedingungen ausfallen. Es kann nämlich nicht sein, daß wir jetzt, wo die Gemeinde erheblich weniger Einnahmen haben wird, uns einen teuren Pumptrack leisten und dann für dringende Straßensanierungen kein Geld haben.“



Endlich wird es auch für die Bergmannngasse ein Verkehrskonzept geben.



Dieses Areal wird in Zukunft für eine Pumptrack-Strecke gebraucht.

Aus dem Landtag

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit: KPÖ fordert Hilfspaket für Betroffene

Allein in der Steiermark sind fast 180.000 Menschen in Kurzarbeit und an die 70.000 durch Corona zusätzlich arbeitslos geworden. Eine Umfrage hat folgendes ergeben: 43 Prozent der Haushalte sind von Einkommenseinbußen betroffen, 14 Prozent können derzeit ihre Fixkosten nicht bezahlen. Mit diesen Tatsachen hat KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg die zuständige Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) konfrontiert.

Die KPÖ fordert einen Fonds, aus welchem nicht rückzahlbare Zuschüsse für Menschen geleistet werden, die durch die Corona-Krise von existenzbedrohenden Einkommensverlusten betroffen sind. Werner Murgg: „Während das Land für ein Unternehmer-Hilfspaket sofort 53 Millionen Euro flüssig gemacht hat, wurde auf Direktzuschüsse für von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffene Steirer vergessen.“

Das von der KPÖ geforderte Hilfspaket wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Neos und FPÖ abgelehnt.

Zusätzlich stellte die KPÖ den Antrag, das Arbeitslosengeld von derzeit 55 Prozent des Letztbezuges auf 70 Prozent zu erhöhen. Murgg: „Wer bisher 1.500 Euro verdient hat und arbeitslos wurde bekommt jetzt ca. 800 Euro Arbeitslosengeld. Wie soll man davon leben können?“ Auch

dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Diesmal mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Neos.

SPÖ blamiert sich

Besonders blamabel die Wortmeldung der SPÖ-Abgeordneten Helga Ahrer. Sie hatte vor einigen Tagen denselben Antrag in Leoben eingebracht und stimmte nun dagegen. Um sich aus der Affäre zu ziehen, präsentierte sie einen gemeinsam mit der ÖVP eingebrachten, nichtssagenden Alternativantrag. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert gemeinsam mit den Sozialpartnern den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Der Peinlichkeit nicht genug, bedankte sich Ahrer bei der ÖVP noch dafür: „Ich weiß, daß die ÖVP da über ihren Schatten springen mußte.“ Werner Murgg konterte:

Landtagsabgeordnete Helga Ahrer: Unglaublichkeit hat einen Namen



Im Leobener Gemeinderat für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, einige Tage später im Landtag dagegen. Auch so kann man politischen Kredit verspielen...

„Frau Ahrer, wer derartige inhaltsleere Anträge einbringt, wirft politisch gar keinen Schatten mehr. Ich halte diese Vorgangsweise für letztklassig. Man kann nicht einige Tage vorher im Leobener Gemeinderat händeringend für die Annahme dieses Antrages sein und dann im Landtag auf ÖVP-Geheiß dagegen stimmen!“

Sozialstaffel bei Kinderkrippe abgelehnt

Eltern mir kleineren Einkommen können bei den Kindergartengebühren um

Ermäßigung ansuchen. Hier gibt es ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell des Landes. Dieses gilt für Kinderkrippen leider nicht. In Leoben kostet die Kinderkrippe ganztägig fast 300 Euro im Monat. Viele können sich das nur schwer leisten. Die KPÖ stellte deshalb den Antrag dieses Sozialstaffelmodell auch auf die Kinderkrippen anzuwenden. Das lehnten SPÖ und ÖVP ab, obwohl diese Forderung im Regierungsprogramm der Landesregierung enthalten ist.

Corona und Wohnungsmiete

Viele Menschen erleiden durch die Folgen des Coronavirus empfindliche Einkommenseinbußen und können daher ihre Wohnungsmiete nicht mehr bezahlen. Um sie vor Delogierungen zu schützen, gilt für diese Mieter ein besonderer Kündigungsschutz. Worum geht es?

Wegen Mietrückständen, die in den Monaten April,

Mai und Juni 2020 entstanden sind, darf der Mietvertrag bis 30. Juni 2022 nicht gekündigt werden. Wegen dieser Rückstände darf der Vermieter auch nicht auf die Kautions zurückgreifen. Der Mieter muß diesen Rückstand allerdings bis 31.12. dieses Jahres incl. vier Prozent Verzugszinsen zurückzahlen. Schafft er das nicht, erwartet ihn deswegen zwar bis 30.6.2022 keine Räumungsklage, sehr wohl muß er allerdings ab Jänner 2021

mit einer Klage auf Zahlung rechnen.

Mietvertrag läuft aus

Läuft der Mietvertrag zwischen 1.4. und 30.6. 2020 aus, so kann der Vermieter diesen Vertrag bis 31.12. 2020 verlängern, ohne Gefahr zu laufen, dadurch einen unbefristeten Mietvertrag abzuschließen.

In diesen Tagen haben sich bei der KPÖ-Leoben schon Mieter gemeldet, weil

sie vom Vermieter vor die Wahl gestellt wurden, entweder zu zahlen oder die Wohnung zu verlieren. Einige haben aufgrund dieser Drohungen einvernehmliche Kündigungen unterschrieben und sind ausgezogen. Lassen Sie sich nicht einschüchtern und lassen Sie sich, bevor Sie etwas unterschreiben, ordentlich beraten!

UMFRAGE

Erhöhung des Arbeitslosengeldes?

Die Arbeitslosigkeit ist sprunghaft angestiegen. In absoluten Zahlen haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit Beginn der Aufzeichnungen. Derzeit beträgt das Arbeitslosengeld rund 55 Prozent des letzten Nettoehaltes. Menschen die schon bisher wenig verdient haben, können von diesen 55 Prozent des Letztbezuges kaum leben. Da werden viele in die Mindestsicherung fallen. Deshalb ist es wichtig, diese Nettoersatzrate an-

zuheben. Die KPÖ hat im Landtag gefordert, sich bei der Bundesregierung auf eine Anhebung auf 70 Prozent einzusetzen. Das wurde mit den Stimmen von Neos, SPÖ und ÖVP abgelehnt. Besonders blamabel das Verhalten der SPÖ-Abgeordneten und Leobener Gemeinderätin Helga Ahrer, die wenige Tage vorher im Leobener Gemeinderat selbst diesen Antrag gestellt hatte, im Landtag dann plötzlich dagegen war.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Erhöhung des Arbeitslosengeldes

JA NEIN

Ich bin dafür das Arbeitslosengeld auf 70 Prozent des Letztbezuges anzuheben.

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

1. Mai:

Ohne uns geht nichts!



Wegen der Corona-Pandemie mußte der traditionelle Maiaufmarsch der steirischen KPÖ in Graz heuer ausfallen. Die KPÖ machte stattdessen mit einem Transparent am Schloßberg auf diesen wichtigen Feiertag der Arbeiterbewegung aufmerksam. Unter dem Motto „Ohne uns geht nichts!“ wiesen die steirischen Kommunistinnen und Kommunisten darauf hin, wer die Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten am Laufen hält: Es sind nicht die Milliardäre und Großinvestoren, sondern die Arbeiter, Angestellten, Bäuerinnen und Bauern, Ärzte und Pflegekräfte.

**Für leistbares Wohnen!
Für niedrigere Gebühren!
Für Sie im Gemeinderat!**

IN TROFAIACH:



KPÖ